

Sehr geehrter [Herr/Frau Außenminister],

wir schreiben Ihnen als besorgte Mitbürger in der Europäischen Union.

Wir schreiben Ihnen mit der dringenden Bitte, dass Polen, Litauen, Lettland und Estland Vertragsstaaten des Ottawa-Abkommens über das Verbot von Antipersonenminen bleiben.

Wir fordern unsere Regierung auf, sich bei diesen Ländern dafür einzusetzen, dass sie ihrer nationalen Verpflichtung nachkommen, diese Waffenkategorie niemals zu erwerben oder einzusetzen.

Die Invasion in der Ukraine hat einen hohen Blutzoll gefordert, auch durch Landminen und Streumunition. Jetzt ist es an der Zeit, unsere Verpflichtungen aus dem Vertrag über das Verbot von Antipersonenminen einzuhalten und durchzusetzen. Dies ist ein entscheidender Beitrag zur Begrenzung dieses Krieges und zur Rettung von Menschenleben.

Die Beendigung des Konflikts in der Ukraine erfordert entschlossene Schritte in Richtung Rechtsstaatlichkeit und regionalen Frieden. Unsere Welt darf nicht auf wahllose Waffen zurückgreifen, die bereits von 164 Ländern, darunter wir und 34 andere europäische Staaten, geächtet wurden.

Heute ist die Ukraine Berichten zufolge das am stärksten verminnte Land der Welt, wobei Landminen und nicht explodierte Sprengkörper ein Risiko auf einem Viertel ihres Territoriums darstellen. Der Angriffskrieg in der Ukraine erfordert multilateralen Druck auf die derzeitigen Nutzer von Landminen, nicht, dass die Nachbarstaaten selbst zu Nutzern werden.

Mit ihrem Beitritt zum Ottawa-Vertrag haben Polen, Litauen, Lettland und Estland zugestimmt, dass Antipersonenminen niemals eine legitime Waffe sind. Der Vertrag über das Verbot von Antipersonenminen verbietet alle offensiven und defensiven Einsätze. Nach Angaben des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz ist auch jeder Einsatz dieser Waffe in Friedenszeiten verboten.

Von Anfang an waren humanitäre Verstöße ein tragisches Merkmal des russisch-ukrainischen Krieges. Staaten wie Polen, Litauen, Lettland und Estland müssen Russland und die Ukraine gemäß dem Minenverbotsvertrag und anderen humanitären Gesetzen zur Rechenschaft ziehen. Wir bitten Sie, diese lebensrettenden rechtlichen Verpflichtungen nicht zu ignorieren.

Letztes Jahr, zum 25. Jahrestag des Inkrafttretens des Minenverbotsvertrags, wies Papst Franziskus darauf hin, dass diese Waffen noch lange nach Beendigung von Konflikten unschuldige Menschen, darunter viele Kinder, töten und verstümmeln. Rund 100 Millionen Landminen liegen noch immer in 60 Ländern auf der Lauer.

Wir fordern Polen, Litauen, Lettland und Estland auf, auf den Besitz und den Einsatz von Antipersonenminen zu verzichten und anderen Ländern zu helfen, sich ebenfalls von ihnen zu befreien.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit für diese lebensrettenden Anliegen und für alle Bemühungen, das Verbot von Landminen umzusetzen und zu verstärken.

Mit freundlichen Grüßen

pax christi – Deutsche Sektion e.V.